

# Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Donnerstag, 28. Juni 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 302

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

## Vor Ernennung des Kabinetts.

Zentrum lenkt in letzter Stunde ein — Zwischenlösung bis zum Herbst.

Hermann Müller wird heute nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr in der Lage sein, dem Reichspräsidenten die endgültige Liste des neuen Kabinetts vorzulegen. Es wird ein Kabinett auf der Grundlage der Großen Koalition ohne Fraktionsbindung und unter nur loser Beteiligung des Zentrums sein, das nur einen Mann, seinen bisherigen Fraktionsführer von Guérard, in das Kabinett entsenden wird. Diese Lösung soll eine Zwischenlösung sein, der im Herbst die endgültige Neugestaltung des Kabinetts, mit der die Umbildung des preussischen Kabinetts voraussichtlich Hand in Hand gehen wird, folgen wird.

Die letzte Möglichkeit einer Wendung in letzter Stunde, die wir in unserem heutigen Morgenblatt angedeutet hatten, ist noch im Laufe der gestrigen späten Abendstunden ausgenutzt worden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hillerding hatte, nachdem sein Fraktionsgenosse Hermann Müller längst das Reichstagsgebäude verlassen hatte, noch einmal Gelegenheit, inoffiziell mit führenden Persönlichkeiten des Zentrums Führung zu nehmen. Vielleicht ist es auf diese Unterredung zurückzuführen, dass im Laufe des heutigen Vormittags der Fraktionsvorstand der Zentrumspartei noch einmal zusammentrat und dem Abgeordneten Hermann Müller vor seinem auf 1/10 Uhr festgesetzten Besuch beim Reichspräsidenten

neue Vorschläge unterbreitete.

Diese Vorschläge liefen darauf hinaus, dass sich die Zentrumspartei vorläufig damit begnüge, nur durch den Abgeordneten von Guérard im Kabinett vertreten zu sein, der das Verkehrsministerium übernehmen und daneben, ähnlich wie es bisher durch den Reichskanzler Marx geschah, das Ressort der besetzten Gebiete mit verwalteten soll. Die noch verbleibenden Ministerposten der Justiz und der Arbeit sollen voraussichtlich mit je einem Demokraten und einem Sozialdemokraten besetzt werden.

## Victor Auburtin †

Unmittelbar vor Redaktionsschluss erhalten wir aus Partinkirchen die erschütternde Mitteilung, dass unser Freund und Mitarbeiter Victor Auburtin dort im Sanatorium Wiggers, wo er seit zwei Wochen weilte und noch Heilung von einem grausamen

Leiden zu finden hoffte, soeben gestorben ist. Wir mussten diesen Ausgang einer erschütternden Tragödie erwarten, aber die Nachricht, dass dieser ungewöhnlich liebenswerte Mensch, dieser Schriftsteller, der die Freude und das Entzücken seiner Leser war, durch die hingebungsvolle ärztliche Pflege nicht gerettet werden konnte und, noch nicht 58 Jahre alt, dahinging, trifft uns unsagbar schwer.

## Jubelnde Kundgebungen für Smith.

Die Nominierung für heute erwartet.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

WASHINGTON, 28. Juni.

Was vor vier Jahren noch jedem amerikanischen Politiker als Unmöglichkeit erschienen wäre, hat sich gestern ereignet: In einem Zentrum des amerikanischen Südwestens, der bis vor kurzem noch als Exponent der erbittertesten Gegnerschaft gegen das „Sündenbabel New-York“ und gegen den „nassen Osten“ galt, ist Gouverneur Alfred Smith als demokratischer Präsidentschaftskandidat in Vorschlag gebracht worden. Kaum aber war sein Name förmlich in die Debatte gestellt worden, da brach in der Versammlung ein ohrenbetäubender Lärm aus. Mit Ausnahme von nur vier Delegationen stürmten alle Abordnungen in die Gänge der grossen Halle. Im Nu hatte sich eine Parade von wild gestikulierenden, in allen Tonarten durcheinanderschreienden Menschen gebildet, die mit Fahnenwimpeln und grossen Bannertafeln, auf denen die Namen der verschiedenen Staaten zu lesen waren, in einem wilden Käuel nach allen Richtungen hin wirbelten. Hurrarufe und das Getöse der zahllosen, wahllos nebeneinander spielenden Musikkapellen vereinigten sich zu einer brausenden Demonstration für Smith. Es war dem Vorsitzenden unmöglich, die Ordnung wiederherzustellen. Voller siebenundzwanzig Minuten lang jubelten Hunderte von Delegierten dem Manne zu, der wohl schon heute abend der offizielle Kandidat seiner Partei für das höchste Staatsamt sein wird. Die erste Frau, die in Amerika das Amt eines Staatsgouverneurs innehatte, Nellie Ross, unterstützte die von Theodore Roosevelt gehaltene Nominierungsrede namens ihres Staates Wyoming. Kaum hatte

sie geendet, da kam es zu einer neuen tausenden Kundgebung. Das Schauspiel wiederholte sich bei jeder der folgenden unterstützenden Reden. Es bedarf nun keines Beweises mehr, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für Smith unbedingt gesichert ist. Seine Nominierung wird voraussichtlich schon im ersten Wahlgang erfolgen.

Diese spontane Kundgebung bedeutet einen Triumph von grosser politischer Tragweite für diesen Sohn eines armen Einwanderers und für die demokratische Partei zugleich, deren Siegesaussichten damit von neuem beträchtlich verbessert werden. In der Nachmittagsitzung kam es zwischen Anhängern und einigen der wenigen Gegner Smiths zu einem Handgemenge, nachdem der Vorsitzende Robinson in seiner Rede eine Anspielung auf die verfassungsmässig gesicherte Freiheit der Religionsübung gemacht hatte. Diese Anspielung bezog die Versammlung sofort auf Smith, der bekanntlich seines katholischen Glaubensbekenntnisses wegen selbst bei vielen seiner Parteifreunde auf Widerstand stösst. Polizisten stellten rasch die Ordnung wieder her. Zwei ähnliche Zwischenfälle in der Abend-sitzung erwiesen sich ebenso wie der erste als harmloser Temperamentsausbruch. Dennoch liegt viel Spannung über dem Konvent, die jeden Augenblick zur Explosion führen kann. Die Formulierung der „Plattform“ bereitet den Parteiführern, ebenso wie den Republikanern in Kansas City, noch einiges Kopfzerbrechen. Am erlittertesten unstritten ist nach wie vor die Pro-funden. Aber die Nominierung Smiths für die Präsidentschaft und des Senators Robinson für die Vizepräsidentschaft ist nunmehr unumstritten. Von besonderem Interesse erscheint die Nennung des Namens Owen Young, des Mischöpfers des Dawes-Planes, für den Vorsitz des demokratischen Nationalkomitees. Sollte Smith gewählt werden, so würde Young als einer der aussichtsreichsten Anwärter auf den Posten des Staatssekretärs in Washington zu betrachten sein.

## Der Kampf um Wirth.

Von Dr. Karl Eugen Müller.

Die Bildung eines Reichskabinetts auf der durch den Wahlausfall klar vorgeschriebenen Grundlage ist also in letzter Stunde gelungen. Die Lösung, die schliesslich gefunden wurde, ist nur eine Zwischenlösung, und niemand wird über diesen Ausgang eine rechte Befriedigung empfinden. Das Schauspiel, das die Verhandlungen der Parteiführer in den letzten Wochen und speziell noch in den letzten Tagen der Öffentlichkeit geboten haben, war überaus unerquicklich, war deprimierend, ganz besonders für diejenigen politischen Kreise, die ehrlich davon überzeugt sind und die es als eine Selbstverständlichkeit ansehen, dass die deutsche Republik nach den Grundsätzen des parlamentarischen Systems regiert wird.

Wenn man die Motive untersuchen will, die für die Zentrumspartei bei ihrer Zickzackpolitik der letzten Tage massgebend waren, so muss man zunächst den Hergang der Dinge noch einmal genau feststellen. Vor acht Tagen waren sich alle Parteien darüber einig, dass der Posten eines Vizekanzlers nicht wieder geschaffen werden solle. Die Gründe für diesen Entschluss wurden damals nicht mehr erörtert; jedenfalls war er einmütig gefasst und stiess auch nirgends in der Öffentlichkeit auf Widerspruch. Dann, als Hermann Müller seinen zweiten Versuch unternahm, hatte die Zentrumspartei die Auswahl unter fünf Ministerposten. Man nahm als selbstverständlich an, dass Dr. Brauns das so lange und so erfolgreich verwaltete Reichsarbeitsministerium wieder übernehmen würde. Daneben konnten die mutmasslichen Ministerkandidaten aus dem Zentrumslager unter den Portefeuilles des Justiz-, des Verkehrs-, der besetzten Gebiete und des Ernährungsministeriums die Auswahl treffen. Dieser Kreis verengerte sich allmählich; ohnedass von Zentrumsseite irgendein Bedenken erhoben worden war, bot Hermann Müller das Ernährungsministerium dem demokratischen Abgeordneten Dietrich (Baden) an, von dem mit Gewissheit zu erwarten war, dass er in seiner Amtsführung der dringenden Notwendigkeit Rechnung tragen würde: die deutsche Landwirtschaftspolitik ihres bisherigen grossagrarisches Charakters zu entkleiden und eine gesunde demokratische Bauernpolitik zu betreiben. Man weiss, dass gewisse Kreise im Zentrum es gern gesehen hätten, diesen Posten mit dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Hermes zu besetzen; man weiss aber auch auf der anderen Seite, dass schliesslich in der Fraktion die Bedenken gegen die gleichzeitige Führung der Landwirtschaftsministerien im Reich und in Preussen überwogen. Vor allem aber konnte Hermann Müller nicht mit der Besetzung aller Ministerien warten, bis es dem Zentrum gefiele, endlich seine Entscheidung zu treffen, und er konnte weiterhin, nachdem er die Zusage des Abgeordneten Dietrich (Baden) erhalten hatte, ihm und seiner Fraktion nicht gut wieder den Verzicht auf dieses Ministerium zumuten. Es ging mit dem Verlangen des Zentrums nach dem Ernährungsministerium wie mit allen anderen Streitpunkten der letzten Tage: alle Forderungen wurden erst dann laut, als ihre Erfüllung nicht mehr möglich war. Die taktischen Wege, die die Zentrumsführung einschlug, waren nicht mehr zu verstehen.

Es galt, ursprünglich vielleicht mehr bei den Freunden Dr. Wirths ausserhalb seiner eigenen Partei als bei seinen Fraktionsgenossen selbst, als eine politische Notwendigkeit, dass Dr. Wirth in das neue Kabinett eintreten müsse. Man freute sich, als man erfuhr, dass diese Erwartung in Erfüllung gehen sollte. Aber nun begannen plötzlich die Schwierigkeiten. Die Ministerien, die für Dr. Wirth zur Auswahl standen, schienen ihm oder seinen Beratern nicht bedeutend genug zu sein. Ganz plötzlich tauchte das in einem früheren Stadium bereits erledigte Problem der Vizekanzlerschaft wieder auf. Mit immer stärkerem Nachdruck wurde gefordert, dass das Dr. Wirth zugeordnete Ministerium mit dem Posten des Vizekanzlers verbunden werden müsse. Dagegen machten sich nach dem einmal gefassten Beschluss starke Bedenken sowohl bei der Sozialdemokratie wie auch bei der Deutschen Volkspartei geltend. Sie fanden nachdrückliche Unterstützung beim Reichspräsidenten. Die Argumentation, die jetzt von Zentrumsseite ins Treffen geführt wurde, nämlich, dass die Situation bei der Bildung des Kabinetts ohne Fraktionsbindung sich wesentlich verschoben habe und die vorher als entbehrlich erkannte Vizekanzlersstelle wieder wünschenswert machte, wird niemand überzeugen. Hermann Müller war für seine eigene Person bereit, seine Bedenken zurückzustellen, um nicht seinerseits die Schuld am Scheitern der Verhandlungen auf sich zu nehmen. Aber der Widerstand des Reichspräsidenten, der sich in dieser